

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt
mit Erzähler vom Schwarzwald / Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenburg

Amtsblatt für Wildbad

mit amtlicher Fremdenliste

Telephon Nr. 41

Erscheint Werktags

Bezugspreis monatlich 80 Pfg. Durch die Post im Nachbarortverkehr 2,35 Mk., in Württemberg 2,25 Mk. vierteljährlich, hiesu Bestellgeld 30 Pfg. Druck und Verlag der S. Hofmann'schen Buchdruckerei (Inhaber: G. Reinhardt). Für die Redaktion verantwortlich: G. Halm Wildbad.

Anzeigen 12 Pfg., von auswärtig 15 Pfg. die Zeitspalt oder deren Raum. Reklame 25 Pfg. die Zeitspalt. Bei Inseraten, wo Auskunft in der Expedition zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Pfg. besonders berechnet. Bei Offerten 20 Pfg.



Nr. 109

Samstag, den 10. Mai 1919

36. Jahrgang.

Sonntagsgedanken.

Wann ihr euch ermannt!

Lasset vor euch vorübergehen die verschiedenen Zustände, zwischen denen ihr eine Wahl zu treffen habt. Gehet ihr ferner so hin in eurer Dummheit und Apathie, so erwartet euch zunächst alle Uebel der Knechtschaft, Entbehrungen, Demütigungen, der Hohn und Uebermut des Ueberwinders. Wenn ihr euch dagegen ermannt, so findet ihr zuvörderst eine erträgliche und ehrenvolle Fortdauer und sehet noch unter euch und um euch herum ein Gesicht aufblühen, das euch und den Deutschen das rühmlichste Andenken verspricht.

Wochenrundschau.

Eine Uebersicht über die Ereignisse der vergangenen Woche zu schreiben, wird dem Berichterstatter diesmal ungeliebter schwer. Wie gerne möchte man von der freudlichen Tatsache erzählen, daß der Kreuzzug gegen die Aufrührerstadt München mit dem Erfolg gekrönt war, daß der blutigen Tyrannei französischer Bolschewiken aus Anstand und einer kleinen Zahl zügelloser Menschen ein Ende gemacht wurde, nachdem diese allerdings noch mit bestialischen Grausamkeiten gegen wehrlose Bürger den deutschen Namen zu beschänden begehrt hatten. In den schlimmsten Zeiten der französischen Revolution sind keine größeren Uebelthaten verübt worden als am 2. Mai im Luisenpark in München. Und dennoch, wie groß der Abscheu vor den Greueln einzelner auch sein mag, er tritt zurück vor der Gemüthung, daß dem Bürgerkrieg in Deutschland jetzt vielleicht für immer ein Ende gemacht ist. Denn mit der Wiederkehr der Ordnung in München ist der fremden Agitation der hauptsächlichlichen Boden entzogen, und wenn auch da und dort die ausländische Saat noch keimen sollte, — so wie in München wird sie wohl schwerlich mehr irgendwo in die Salme schießen können. — Zu berichten wäre ferner von den verzweifelten Anstrengungen der deutschen Tiroler, der sich zu erwehren. Sollen doch nach dem Machtspruch Wilsons, wie zum eigenen Hohn auf das von ihm verkündete Selbstbestimmungsrecht der Völker, nicht weniger als 220.000 Deutsche von kräftigen Nationalbewußten als Brennpunkt der verhassten Fremdherrschaft und der Verwelschung preisgegeben werden. In ähnlicher Weise kämpfen die Oesterreicher einen wohl aussichtslosen Kampf um den ersten Ansehenspunkt an das Deutsche Reich, der für sie eine völlige Lebensfrage ist. Der Oberste Rat, vor allem Frankreich, gibt es nicht zu; die vier Millionen Oesterreicher, von denen die Hälfte auf die Stadt Wien kommt, dürfen ja nicht das verhasste Deutschland stärken, sondern sollen in einen unabhängigen Freistaat bilden, der, fast von allen Seiten von feindlichen Fremdstämmen umgeben, in dauernder Abschüttelung verloren gehen und ausgezehrt werden muß. Gar vieles ließe sich darüber schreiben, und über die betrübende Erscheinung, daß unter den Deutschen eine Strömung besteht, die von einem Anschluß an Deutschland nichts wissen will und mit den Franzosen liebäugelt. — In den Wochenüberblick wäre weiter die Einschließung der Stadt Budapest durch die Rumänen, Tschechen und Südslawen und die Flucht der Kärntnerregierung aufzunehmen, auch der feste Fuß der Kärntner, durch den Badapener Bolschewiken aus dem ungarischen Gesundheitsgebäude in Wien 150 Millionen Kronen geraubt haben, und niemand weiß bis heute, wohin das Geld gekommen ist, so wenig als bis jetzt der Aufenthaltsort der 35 Millionen Franken, die im Dezember oder Januar aus dem Julinsturm in Spanien verschwinden sind. — Man könnte endlich die Tatsache anführen, daß nach den Zeitungsberichten schon eine erhebliche Anzahl von Lebensmittelstoffen angekommen und die Hungerplage teilweise aufgehoben ist, freilich ohne daß man davon etwas verspürt hätte.

Aber alle diese Geschehnisse dürfen einem jetzt so unwichtig und trocken genug in den Hintergrund gegenüber dem Ereignis, das so lange schon mit größter Spannung erwartet wurde: der Bekanntheit der Bedingungen für den Vorfrieden. Am Mittwoch, den 7. Mai, nachmittags 3 Uhr, fand im Speisesaal des Trionf-Palasthotels, das neben dem Schloß von Versailles liegt, die Uebergabe des Vertrags an die deutsche

Friedensabordnung statt. Clemenceau, der „alte Tiger“, wie er von den Franzosen schon genannt wurde, vollzog sie und er begleitete sie mit einer kurzen, aber vollzogenen Ansprache, in der er von der „Abrechnung mit Deutschland“ redete. Der Wortlaut des Vertragsentwurfs ist bei uns noch nicht veröffentlicht; was man erfahren hat, beruht zumeist auf einem reklamhaften Vorbericht der Londoner „Times“, aber der Inhalt dürfte wohl stimmen. Es ist nichts Wesentliches darin, was man nicht schon aus früheren „Verlautbarungen“ in den Zeitungen vernommen hätte, aber man war in Deutschland vielfach nicht geneigt, die tropfenweise in die Öffentlichkeit gesidert Andeutungen völlig ernst zu nehmen. Es ließ ja doch, Wilson habe so und so oft die „innigen Rachepläne Clemenceaus und des Marshall's Hoch durchkreuzt und habe durch die Trohng, abzubreisen und einen Sonderfrieden mit Deutschland zu schließen, seinen Willen schließlich durchgesetzt. Das verführte viele zu der Hoffnung, daß der Vertrag „am Ende doch nicht gar so schlimm ausfallen werde, wie die Pariser Nachrichten lauteten. Nun, die Bedingungen, die Clemenceau vorlegte, sind einfach niederschmetternd, ein Todesurteil für das Deutsche Reich und das deutsche Volk, politisch, wirtschaftlich und moralisch. Etwa 10 Prozent der Reichsfläche, ein namhaftes Stück und gerade das wertvollste der Rheinprovinz, ein Teil von Schleswig, zwei Provinzen (der größere Teil ist den Polen, der Rest den Tschechen zugebacht), Teile von Mittel- und Niederschlesien, der größere Teil von Posen und von Westpreußen soll dem Reich bsp. Preußen entzogen werden. Von Ostpreußen geht die Hälfte unmittelbar verloren, der übrige Teil bleibt vom Reich „säumlich abgetrennt, da sich Polen mit Danzig dazwischen schiebt; das schöne rene Ostpreußen wird als mit feindlicher Bosheit der Verwüftung und Kolonisierung der Barbarei überliefert und ist, wenn nicht Wunder geschieht, als mittelbar verloren zu betrachten. Das Reich erfährt einen Gebietsverlust, der — ohne den ostpreussischen Rest — Bayern an Umfang übertrifft. Das sind es gerade die wertvollsten Reichsteile, die losgerissen werden sollen. Die finanziellen und wirtschaftlichen Bedingungen des Vertrags sind derart, daß man sich fragen muß, ob die Verfasser bei der Festlegung vom Wahnsinn befallen waren. Zunächst sollen in den beiden nächsten Jahren, bis die Belgier und Franzosen sich die Zeit genommen haben, ihre Privatkriegsschäden zusammenzurechnen, — die dann ganz nach Stimmung und augenblicklichem Bedürfnis beliebig hoch angelegt werden können, 10 Milliarden Mark in jedem Jahr als Abschlag gesezt zu errichtet werden. Die Reichsfinanzminister Zernburg endlich ausführte, wird Deutschland in der nächsten Zeit 23 Milliarden jährlich für seine eigenen Bedürfnisse aufzubringen haben. Mit jenen 10 Milliarden würde die Summe also jährlich zunächst sich auf 33 Milliarden erhöhen — später können es mehr sein, je nach der erdgünstigen Entschädigungsforderung. Dabei bedenken man, daß das deutsche Volk in seiner wirtschaftlichen Mäthezeit (1913) bei unverändertem Bestand des Reichsgebietes, wozu die wertvollen Kolonien gehörten, ein Gesamtentkommen von 38 bis 40 Milliarden hatte, während der Reichsbedarf weniger als 1 1/2 Milliarden, mit dem der Bundesstaaten zusammen etwa 6 Milliarden betrug. Wie mühte unter den schlechten neuen Bedingungen das Leben und die Lebenshaltung des Volks sich gestalten? Ferner, alles was deutsche Staatsangehörige brauchen in dem Rechtsgebiet der feindlichen Staaten in allen Erdteilen an Besitz und Interessen haben, verfällt diesen Staaten und das Reich hat keine Angehörigen abzufinden. Alle Verträge und Konventionen auch bei den früheren Verbündeten — es ist dabei besonders auf die Bagdadbahn abgesehen — sind den Deutschen verloren, sie gehen auf die „Alliierten und Assoziierten“ über. Und nicht genug — diese letzteren nehmen den deutschen Markt mit ihren Waren zu überfluten; das bisherige deutsche Geld soll dafür ins Ausland wandern und die ohnehin unter schwachen Bedingungen arbeitende deutsche Industrie soll durch die für 5 Konturen zum niedergehalten werden, zunächst für 5 Jahre. Wenn so mit allen Mitteln das Wiederanstehen der wirtschaftlichen Kraft Deutschlands verhindert wird, wie soll es seinen ausgetriebenen Verpflichtungen gegen die feindlichen Mächte nachkommen, die uns überdies ein starkes Besatzungsheer auf unsere Köpfe 15 Jahre lang ins Gesicht senken werden.

trasse bekommen, wenn unsere gesamte Handelsflotte tatsächlich — in Berlin hat man das bisher nicht eingestehen wollen — verloren ist und die halbe Fischereiflotte obendrein. Wie viel eigene Handelschiffe werden wir bauen können, wenn wir verpflichtet sein sollen, 5 Jahre lang 20.000 Tonnen Handelschiffe jährlich auf deutschen Werften für die Freunde auf Kiel zu legen! Die alten Köpfe haben es verstanden, belegte Wegener dauernd unschädlich zu machen, aber einen solchen Frieden, wie die alliierten und assoziierten Mächte Deutschland zumuten, wird man in der römischen Geschichte vergebens suchen. Wie wahnsinnig übertriebene Forderungen der Feinde sind, zeigt, jetzt Belgien, dessen Ansprüche für Kriegsschäden dem gesamten Weltfrieden bedrohlich und unbeweglichen Besitz gleichkommen. Besonders bössartig und treulos ist dann noch die Bestimmung, daß die deutschen Kriegsgefangenen und die in der Schweiz internierten Schiffsverwandten erst freigelassen werden sollen, wenn der Friedensvertrag von der deutschen Regierung unterzeichnet ist. Die unmensliche Völkerverleugung soll mithelfen, uns den Vernichtungsvertrag aufzuzwingen. Was müssen die Franzosen für eine Angst auch noch vor dem am Boden liegenden und zerstückten Deutschland haben, wenn sie in der Festlegung des — allerdings nicht von ihnen bezeugten — Friedensvertrages keine Grenzen finden können und die günstigste Gelegenheit, da ihnen noch die Machtmittel der ganzen Welt zur Seite stehen, in der maßlosesten Weise auszunutzen! Und Wilson! Das soll der „Friede ohne Annexionen und Entschädigungen“, der „Gerechtigkeitsfriede“, „die Grundlage des Völkerbunds“ usw. sein? Er hat einmal — wenn wir nicht fren, in der Agitationsrede für den Eintritt Amerikas in den Krieg in Baltimore — gesagt: „Etwas anders als leidenschaftslos, unparteiische Gerechtigkeit gegen Deutschland hieße die amerikanische Sache entehren.“ Wahnsinnig, die Rolle, die Wilson jetzt spielt, ist wenig beneidenswert. Aber ganz bezeichnend für seinen Americanismus ist es, wenn er dieser Tage durch irgendwen die Deutschen wissen ließ, sie sollten den Friedensvertrag nur annehmen, und wenn er noch so schwer sei; er (Wilson) werde dann schon dafür sorgen, daß die Deutschen das Geld zum Weiterleben aus Amerika bekommen. Das Volk von 62 Millionen in die dauernde Schuld knechtschaft und in den Fronddienst der Amerikaner zu bringen, das wäre allerdings eine nette Aussicht und der Gedanke macht dem geschäftskundigen Menschenfreund alle Ehre.

Dieser Friede ist für Deutschland unannehmbar, darin stimmt bis jetzt die ganze Presse mit einer einzigen Ausnahme überein. Die Folgen der Ablehnung können nicht schwerer sein, als die der bedingungslosen Unterwerfung und die Feinde werden sich wahrscheinlich doch besinnen, es auf das Neuerliche ankommen zu lassen; für sie selber steht viel auf dem Spiel, waren sie doch, wenigstens die Ententegeossen, im November vorigen Jahres dem Abgrund mindestens ebenso nah als Deutschland. Ein Gutes aber dürfen wir, mag der Witzfall fallen wie er will, vielleicht doch erwarten. Wie in jenen Augusttagen des Jahres 1914 die Begeisterung für die Verteidigung des bedrohten Vaterlands alle Deutschen ohne Unterschied vereinte, so soll jetzt der Horn über die schmachvolle Vereinnahmung der Parteien zusammenführen und die Feinde sollen das deutsche Volk in der Abwehr ebenso einig finden, wie sie einig sind in dem Willen, uns zu ihren Fronknechten zu machen. Geschlossen und entschlossen müssen wir hinter die Regierung treten und sie führen in der Erfüllung ihrer verantwortungsvollen Aufgabe in der so jüchternen Stunde. Und das vor allem sollen die Feinde nicht erreichen: die Auslieferung des Kaisers. Wir alle wissen, daß der Kaiser schwerer Fehler gemacht hat, nicht erst seit 1914; aber ein Verbrecher ist er nicht und wir lassen ihn nicht dazu stemmen, nur damit die Feinde die eigene Schuld am Weltkrieg verdecken können. Das wäre eine Uge unsererseits, wie Graf Brockdorff-Rantzau in seiner Antwort an Clemenceau sehr treffend sagte.

Amliche Rundgebungen.

Aufruf an das deutsche Volk.
Berlin, 8. Mai. Der Reichspräsident und die

Der ehrliche Friedenswille unseres schwer duldenden Volks fand die erste Antwort in ungemein harten Waffenstillstandsbedingungen. Das deutsche Volk hat die Waffen niedergelegt und alle Verpflichtungen des Waffenstillstands, so schwer sie waren, ehrlich gehalten. Trotzdem setzen unsere Gegner 6 Monate lang den Krieg durch Aufrechterhaltung der Hungerblockade fort. Das deutsche Volk trug alle Lasten mit Vertrauen auf die durch die Note vom 5. November von den Alliierten gegebene Zusage, daß der Frieden ein Friede des Rechts auf der Grundlage der 14 Punkte Wilsons sein würde. Was uns statt dessen jetzt in den Friedensbedingungen geboten wird, widerspricht der gegebenen Zusage, ist für das deutsche Volk unerträglich und auch bei Aufbietung aller Kräfte unerfüllbar.

Gewalt ohne Maß und Grenzen soll dem deutschen Volk angetan werden. Aus solchem aufgezwungenen Frieden müßte neuer Haß zwischen den Völkern und im Verlauf der Geschichte neues Morden erwachsen. Die Welt müßte jede Hoffnung auf einen die Völker befreienden und heilenden, den Frieden sichernden Völkerverbund begraben.

Zerstübelung und Zerreißen des deutschen Volkes, Auslieferung der deutschen Arbeiterschaft an den fremden Kapitalismus zu menschenunwürdiger Lohnsklaverei, dauernde Fesselung der jungen deutschen Republik durch den Imperialismus der Entente ist das Ziel dieses Gewaltfriedens.

Die deutsche Volksregierung wird den Friedensvorschlag der Vergewaltigung mit einem Vorschlag des Friedens des Rechts auf der Grundlage eines dauernden Völkerefriedens beantworten. Die tiefe Erregung, die alle deutschen Volksteile ergriffen hat, legt Zeugnis dafür ab, daß die deutsche Regierung den geschlossenen Willen des Volks zum Ausdruck bringt. Die deutsche Regierung wird alle Kräfte anspannen, um für das deutsche Volk dieselbe nationale Einheit und Unabhängigkeit und dieselbe Freiheit der Arbeit in Wirtschaft und Kultur zu erringen, welche die Alliierten allen Völkern Europas geben wollen, nur unserem Volk nicht.

Unser Volk muß sich durch eigenes Handeln retten. Angesichts dieser Gefahr der Vernichtung müssen das deutsche Volk und seine von ihm selbst gewählte Regierung zusammenstehen, ohne Unterschied der Partei. Möge Deutschland sich zusammenschließen in dem einmütigen Willen, das deutsche Volkstum und die gewonnene Freiheit zu bewahren. Jeder Gedanke, der ganze Wille der Nation gehört jetzt der Arbeit für die Erhaltung und Wiederaufrichtung unseres Vaterlands.

Die Regierung ruft alle Volksgenossen auf, in dieser schweren Stunde mit ihr anzuharren in wechselseitigem Vertrauen auf dem Wege der Pflicht und im Glauben an den Sieg der Vernunft und des Rechts.

Der Reichspräsident: Ebert.

Die Reichsregierung: Scheidemann. Dernburg. Bauer. Bell. David. Erzberger. Gothein. Noske. Breuß. Wiffel. Schmidt.

Scheidemanns Erklärung im Friedensauschuß. Einberufung der Nationalversammlung.

Berlin, 8. Mai. Die heutige Sitzung des Friedensauschusses eröffnete Präsident Fehrenbach mit folgender Ansprache: Das Unglaubliche ist geschehen. Es ist von unseren Feinden ein Friedensvertrag vorgelegt worden, der über die Befürchtungen des größten Feindes noch hinausgeht. Dieser Friedensvertrag bedeutet die Versklavung des deutschen Volks für ewige Zeiten. Es bleibt unverstänlich, wie ein Mann, der der Welt einen Frieden des Rechts und der Gerechtigkeit verspricht, auf den ein Völkerverbund sich aufbauen könne, es über sich bringen konnte, bei der Ueberreichung dieses haßgetränkten Friedenswerks zugegen zu sein. Den gegenüber stelle ich gern fest die männliche und würdige Haltung in der Ansprache des Vorsitzenden unserer Friedensabordnung. Wir erhoffen von unserem Friedensauschuß und der ganzen Nationalversammlung eine Haltung, die unter Zurückdrängung aller Parteigesichtspunkte nur darauf bedacht ist, der Würde des Vaterlands in der Not ihres Volks gerecht zu werden. Gott verleihe uns in dieser schwersten Schicksalsstunde ein einiges und starkes Geschlecht.

Ministerpräsident Scheidemann führte aus: Der heutige Tag, der uns endlich nach 6 Monaten Martrium des Waffenstillstands die Kenntnis der Hauptteile der feindlichen Friedensbedingungen gebracht hat, bedeutet die tiefste Stufe des deutschen Niedergangs: ja vielleicht das nicht einmal: ein „Ja“ sowohl als auch ein „Nein“ können uns noch tiefer, noch hoffnungsloser in die staatliche und nationale Vernichtung hinunterstoßen. Und alle die Nebenbedingungen werden uns das Wiederaufkommen durch tausend kleinere und größere Fesseln unmöglich machen. Wir stehen am Grabe des deutschen Volks, wenn alles das, was sich hier Friedensbedingung nennt, zu vertraglicher Tatsache werden sollte. Scheidemann verglich dann die Grundlagen, auf denen wir den Waffenstillstand abgeschlossen haben und die von beiden Seiten als rechtsverbindlich anerkannt worden sind, und die hauptsächlichsten Bedingungen, wie sie jetzt vorliegen — und fuhr dann fort: Die jetzigen Bedingungen sind nichts anderes, als ein besetztes Todesurteil. Die Reichsregierung muß auch dieses, jedes Gefühl aufwühlende Dokument des Hasses und der Verbildung politisch wachsam behandeln. Sie kann sich allerdings nur schwer zu dem Glauben verstehen, daß unsere Gegner in dieser ersten Stunde der Welt uns eine Art Abhandlungsprogramm vorgelegt haben, um das nun der Schacher losgehen kann. Sie hofft aber eine Einigung nicht vom Handel, sondern in Verhandeln und in diesem Sinne hat sie die Friedensabordnung angewiesen, den feindlichen Regierungen in ihrer Note Gegenvorschläge innerhalb der vorgeschriebenen Frist in Aussicht zu stellen, sowie um die Abmahnung ihrer mündlichen Aussprache zu eruchen, in der vor allem Auskunft über die Gründe zu erteilen wäre,

welche zur Aufstellung dieser oder jener Forderung geführt haben. Die Reichsregierung will zu Verhandlungen, will zum Frieden kommen. Ein gemartertes Volk und Land wie das unsrige verträgt keine heroischen Gesten. Was Graf Kautsky im Namen der Delegation sagte: „Wir werden das uns übergebene Dokument mit gutem Willen und in der Hoffnung prüfen, daß das Endergebnis unserer Zusammenkunft von uns allen gezeichnet werden kann“, hat er ganz im Sinne der Reichsregierung gesagt. Wir wollen diesen Jakobskampf mit dem Engel des Friedens mit allen Kräften führen, mit unseren, ich darf sagen auch mit Ihren und hoffentlich auch mit allen Kräften unseres gesamten Volks.

Präsident Fehrenbach gab dann in Uebereinstimmung mit den Führern sämtlicher Parteien folgende Erklärung ab: Der Herr Ministerpräsident hat mit Recht den Friedensvertrag für unerfüllbar erklärt. Er hat zugleich dargelegt, daß Verhandlungen mit unseren Gegnern eingeleitet würden. Wir sind damit einverstanden, daß auf diesem Wege der Versuch gemacht wird, einen Frieden zustande zu bringen, der für das deutsche Volk erträglich und erfüllbar ist. Ich berufe auf einmütigen Wunsch aller Fraktionen das Plenum der Nationalversammlung auf nächsten Montag, den 12. Mai, nachmittags 3 Uhr nach Berlin ein. Die Mitglieder des Friedensauschusses werde ich alsbald zusammenberufen.

Nationaltrauer.

Berlin, 8. Mai. Der Präsident des Reichsministeriums hat an die Regierungen der Freistaaten folgendes Telegramm erlassen: In schwerer Not und sorgbelastet hat das deutsche Volk in den Monaten des Waffenstillstandes den Friedensbedingungen entgegengebart. Ihrer Bekannmachung ist bitterste Enttäuschung und unläßliche Trauer über unser Volk gekommen. Die dem Gefühl aller Deutschen wird offen Ausdruck zu geben sein. Auf Beschluß der Reichsregierung werden die Regierungen der Freistaaten erucht, zu veranlassen, daß für die Dauer einer Woche alle öffentlichen Lustbarkeiten unterbleibe und in den Theatern nur solche Darstellungen zur Auf-führung gelangen, die dem Ernste dieser schweren Zeit entsprechen.

Berlin, 9. Mai. Die Reichsregierung und die preuß. Staatsregierung wenden sich an die Deutschen in den östlichen Provinzen. Die Eingriffe der Verbündeten seien mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker unvereinbar. Die Abtrennung des Nordostens von Preußen werde nicht nur der deutschgermten Bevölkerung Gewalt antun, sondern bezwecke die wirtschaftliche Absperrung Deutschlands von Rußland (und die Abtrennung der Ostprovinzen von der Verbindung mit Deutschland. D. Schr.) Die Regierung werde das Neueste anbieten, um die Gefahr abzuwehren.

Berlin, 9. Mai. Die Parteien werden sich in den nächsten Tagen an ihre Wähler wenden, um gegen den Friedensvorschlag von Versailles Stellung zu nehmen. Die Erregung ist allgemein. In den östlichen Provinzen werden große Kundgebungen von der deutschen Bevölkerung veranstaltet.

Austauschstationen.

Konstanz, 9. Mai. Hier sind 30 Offiziere, darunter ein Generaloberarzt, sowie 10 Unteroffiziere aus dem Bereich des bisherigen 14. A. A. eingetroffen, um die Einrichtungen der hiesigen Austauschstation zu besichtigen, da anlässlich des bevorstehenden Rücktransportes der deutschen Kriegsgefangenen weitere Austauschbau- u. Jergangsstationen eingerichtet werden sollen, und zwar außer in Konstanz noch in Nehl, Mannheim und Friedrichsfeld. Es ist geplant, insgesamt 16 solcher Stationen zu errichten.

Aus dem Vorfriedensvertrag.

Verjaillés, 9. Mai. Die 6. Abteilung enthält die Forderungen über die Kriegsgefangenen und die Grabstätten. Die deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen werden nach der Freilassung durch die deutsche Regierung auf ihre Kosten an ihren Wohnort zurückgebracht. Kriegsgefangene, die sich gewisser Ver-schöße schuldig gemacht haben, können zurückgehalten werden. Diejenigen, welche das Repatriieren die Wiederaufnahme in den früheren Staatsverband verweigern, brauchen nicht repatriert zu werden, jedoch behalten sich die Alliierten das Recht vor, sie zu repatriieren, in neutrale Länder zu führen oder zur Niederlassung auf ihrem eigenen Gebiet zu ermächtigen. — Die Alliierten und die deutsche Regierung verpflichten sich, die Grabstätten auf ihrem Gebiet besetzter Soldaten und Matrosen zu unterhalten und zu respektieren und Ausschüssen alle Erleichterungen für die Registrierung der Grabstätten und Errichtung von Grabmälern zu gewähren und die Ueberführung der Erdreste in die Heimat zu gestatten. Die Alliierten und die deutsche Regierung tauschen eine vollständige Liste der Toten mit der Angabe der Grabstätten derjenigen aus, welche nicht identifiziert werden konnten.

Der Ausschuss für Wiederherstellungen in Paris ist nach den Bestimmungen des 8. Abschnitts beauftragt, die Höhe des Schadenersatzes für die Zivilbevölkerung festzusetzen. Er wird von Zeit zu Zeit die Zahlungsfähigkeit Deutschlands abschätzen und zu diesem Zweck das deutsche Steuersystem nachprüfen, damit alle deutschen Einkünfte einschließlich derjenigen für den Schuldendienst oder für die Rückzahlung innerer Anleihen in erster Reihe den Zahlungen für die Vergeltungen zu gute zu kommen, und weiter, um Gewissheit zu erwerben, daß das deutsche Steuersystem genau so schwer ist, als verhältnismäßig dasjenige irgend einer der im Ausschuss vertretenen Mächte. Deutschland ist verpflichtet, bis zu 50 Prozent seiner Vorräte an Farben, sowie chemischen und pharmazeutischen Produkten dem Austausch zu überlassen. Ueberdies wird Deutschland während der Zeit vom Inkrafttreten des Vertrags bis zum 1. Juni 1920, jedoch während jeder sechsmonatlichen Periode bis 1. Januar 1925 immer 25 Prozent der Erzeugung an Farben, sowie chemischen und pharmazeutischen Erzeug-

nissen überlassen. (Die Zahlungen an die Feinde gehen also vor den Zinszahlungen im Reich.)

Im 4. Abschnitt wird der Verzicht Deutschlands auf den Agadirvertrag verlangt. Deutschland anerkennt die französische Vorherrschaft über Marokko und die englische über Ägypten und verzichtet auf seine Rechte in Mantschu zu Gunsten Japans.

Auslieferung des Viehs.

Verjaillés, 9. Mai. Die laut Friedensvertrag von Deutschland zu leistenden Viehlieferungen be-lausen sich im einzelnen folgendermaßen: 1. An die französische Regierung: 500 Zuchthengste von 3-7 Jahren, 10000 Stutenfüllen und Stuten von 18 Monaten bis 7 Jahren, von ardennerischer, boulonnaiser und belgischer Rasse, 2000 Stiere von 18 Monaten bis 3 Jahren, 90000 Milchkuhe von 2-6 Jahren, 1000 Böde, 100000 Schafe und 10000 Ziegen. 2. An die belgische Regierung: 200 Zuchthengste von 3-7 Jahren, 5000 Stuten von 3-7 Jahren, 5000 Stutenfüllen von 18 Monaten bis 3 Jahren, sämtlich schwere belgische Rasse, 2000 Stiere von 18 Monaten bis 3 Jahren, 50000 Milchkuhe von 2-6 Jahren, 40000 Köpfe Jungrind, 200 Böde, 20000 Schafe und 15000 Mutterchweine. Die abgelieferten Tiere müssen von normaler Gesundheit und guter Verfassung sein. Falls die gelieferten Tiere nicht als verächtliche oder beschlagnahmte nachgewiesen werden können, wird der Wert Deutschland angerechnet.

Paris, 9. Mai. Die Presse bespricht die Friedensbedingungen im allgemeinen zustimmend; die nationalistische Presse hält im Sinne Fochs die Sicherungen Frankreichs noch nicht für genügend.

Oslo, 9. Mai. „Det Vaterland“ schreibt: Deutschland hat den Krieg verloren und Wilson den Frieden.

Stockholm, 8. Mai. Der Friedensvertrag erregt in der ganzen schwedischen Presse ungeheures Aufsehen und einmütige Entrüstung.

Neues vom Tage.

Von der Friedenskonferenz.

Berlin, 9. Mai. Nach dem „Berl. Lokalan.“ hat die Reichsregierung in einer Note an die Verbündeten verlangt, daß die Kriegsgefangenen sofort freigegeben werden und nicht erst nach der Bestätigung des Vertrags, wie die Friedensbedingungen es wollen.

Verjaillés, 9. Mai. Gestern abend fand eine Sitzung der gesamten deutschen Friedensabordnung einschließlich der Kommissare und Sachverständigen statt, die von 9 Uhr abends bis Mitternacht dauerte.

London, 9. Mai. Die „Times“ meldet, die Verbündeten seien geneigt, mit den deutschen Vertretern über wirtschaftliche Fragen des Friedensvertrags flüchtig zu verhandeln, über die Gebietsabtretungen gebe es aber keine Erörterung, da sich die Verbündeten hierzu den Bundesgenossen gegenüber verpflichtet haben.

Mißverständnis?

Paris, 9. Mai. Die belgische Friedensabordnung erhob beim Obersten Rat Beschwerde, daß er nach Zeitungsmeldungen Deutschland den Auftrag zur Verwaltung Ostafrikas übertragen habe, auf den Belgien Anspruch erheben müsse. (Nach der Neutermeldung soll Ostafrika an England. D. Schr.)

Luxemburg, 8. Mai. Die Kammer hat das Franzosenwahlrecht angenommen.

Die Schweiz und Savoyen.

Bern, 9. Mai. Auf Ersuchen der französischen Regierung hat die schweizerische Regierung vorbehaltlich der Zustimmung der eidgenössischen Räte sich bereit erklärt, auf das im Vertrag des Wiener Kongresses 1815 festgesetzte Recht zu verzichten, im Falle eines Kriegs Nordsavoyen zu besetzen und als neutrales Gebiet zu behandeln. Die Schweiz betont dabei aber ausdrücklich die garantierte Neutralität und Freiheit Nordsavoyens.

Württemberg.

(-) Stuttgart, 8. Mai. (Wohnungsfragen im Aussch.) Der Ausschuss für das Wohnungsbürgerrechtsgesetz hat heute den Entwurf eines Gesetzes für die Forderung der staatlicherseits zur Verbilligung von zweiten Hypotheken auf Kleinwohnungsbauten zu übernehmenden Bürgerlichkeitsverpflichtungen 1 Million zu bewilligen, einstimmig angenommen.

(-) Stuttgart, 9. Mai. (Aus dem Parteileben.) Das neuerrichtete Landessekretariat der württ. Zentrumspartei wurde dem Verhandlungssekretär Herrn Neiter in Dinsladingen übertragen.

(-) Stuttgart, 9. Mai. (Sozialdemokratische Landesversammlung.) Die diesjährige Landesversammlung der Sozialdemokratischen Partei Württemberg-Hohenzollern findet am 21. und 22. Juni im Tinkler-Saal statt.

(-) Stuttgart, 9. Mai. (Unglücksfall.) In einem Hause der Redarstraße machte sich gestern ein Mann mit einem Revolver zu schaffen. Dabei entlud sich ein Schuß und die Kugel drang einem 3½-jährigen Kessler durch den Kopf und einem anwesenden Freunde in die rechte Hand. Das Kind starb bald darauf. Der unglückliche Schütze stellte sich selbst der Polizei.

(-) Stuttgart, 9. Mai. (3000 M. Belohnung.) Vor einigen Monaten hat eine Frauensperson in der Kleiderablage des Landestheaters einen Damenuel-mantel im Wert von 11000 M. durch Betrug erlangt. Für die Wiederbringung des Mantels und die Ermittlung der Betrügerin ist eine Belohnung von 3000 M. ausgesetzt.

(-) Göppingen, 8. Mai. (Berufung.) Oberbürgermeister Dr. Beck ist zum Ministerialdirektor im Ministerium des Innern ernannt worden mit dem Auf-trug, die Stelle innerhalb des Arbeitsministeriums zu besetzen.

(-) **Gmünd**, 9. Mai. (Das Wälderschloß.) In der Meldung, daß das Wälderschloß bei Wälderschloß, die angebliche Wiege der Hohenstaunen, von einem Kriegsbeschädigten aufgekauft sei und zu ein. Koninzenzucht eingerichtet werde, erfahren wir, daß das Kaufgebot abschlägig beschieden worden ist. Es besteht die Absicht, das Wälderschloß, das als geschichtliches Baudenkmal in weiten Kreisen bekannt ist, in einem gegenwärtigen Zustande dem Staatsbesitz zu erkaufen.

(-) **Meimsheim**, O. A. Bradenheim, 8. Mai. (Die Schenke.) In der Nacht vom Donnerstag auf Ostermontag wurden aus dem Stalle eines Landwirts zwei Ochsen gestohlen. Der Eigentümer unterließ es damals, eine Anzeige zu erstatten, weil er auf einen Erfolg nicht rechnete.

(-) **Magold**, 9. Mai. (Fodden.) Nach einer Bekanntgabe des Oberamts ist hier ein Fall von Fodden festgestellt worden.

(-) **Ledheim**, O. A. Redorfalm, 8. Mai. (Gut abgelaufen.) In der Nähe der Malmühle stürzte eine vom hochgehenden Kocher unterspülte Stützmauer des Bahndammes ein; der Bahndorwer wich und Schienen und Schwellen hingen teilweise in der Luft. Der Aufmerksamkeit des Lokomotivführers gelang es, den Morgenzug noch rechtzeitig zum Stehen zu bringen.

(-) **Ullwangen**, 8. Mai. (Die Redemptoristen.) Die Besetzung der Redemptoristen-Niederlassung auf dem Schönenberg erfolgt vorerst durch die beiden Pater Franz Abele und Anton Braig. Zwei weitere, darunter Vater Speidel, werden im Juli kommen. Zur Einführung am Sonntag, den 11. Mai, wird sich der Provinzial der bayerischen Ordensprovinz, Vater Prechtl aus Gars am Inn einfinden.

Konstanz, 9. Mai. Am Mittwoch abend zwischen 6 und 7 Uhr überflog ein Flugzeug vom hiesigen Flugplatz aus bei Gottlieben Schweizer Gebiet. Als das Flugzeug zum zweiten Mal die Runde machte, wurde es von der Schweizer Grenzwehr lebhaft beschossen und kehrte dann zum Flugplatz zurück, ohne Schaden erlitten zu haben.

Württemberg. Landesversammlung.

Stuttgart, 9. Mai.
Beratung des Entwurfs einer Landwirtschaftskammer. Ernährungsminister Baumann befragte den Entwurf, Abg. Sträßer (D.P.): Alle einsichtigen Landwirte verlangen eine vollständige Vertretung der leistungsfähigen und der Regierung gegenüber frei sein muß; alle landwirtschaftlichen Berufsstände (Arbeitgeber und Arbeitnehmer, müssen in die Kammer einbezogen werden. Wir wünschen nur eine Kammer für das ganze Land, weil nur dadurch die Gewähr geboten ist, die landwirtschaftliche Fragen einheitlich zu fördern. Der Wunsch der landwirtschaftlichen Vereine, es sollte in 64 Bezirken im einfachen Wahlverfahren, nicht nach dem Verhältniswahlverfahren gewählt werden, ist verständlich. Das Wahlalter sollte nicht bis zum 20. Lebensjahr herabgesetzt werden. Der vorliegende Entwurf bildet eine geeignete Grundlage. Abg. Haunz (D.P.): Die Mehrheit meiner Freunde ist auch heute noch für die Schaffung von vier Landwirtschaftskammern. Der Sitz der neuen Kammer braucht nicht gerade in Stuttgart zu sein. Abg. Hill (S.). Das Verhältniswahlverfahren mit dem Wahlrecht bis zur 20. Jahre ist einem Bezirkswahlverfahren vorzuziehen. Abg. Herrmann (D.P.): Wir halten das Einkammerverfahren aus praktischen und finanziellen Gründen für das geeignetere. Ich beantrage, den Entwurf einem 24gliedrigen Ausschuss zu überweisen. Abg. Herrmann (U.S.P.): Die Einführung des Verhältniswahlverfahrens und die örtlichen Bauernräte sollten die Grundlage für die Landwirtschaftskammer bilden. Wir halten die Forderung der Arbeitervertreter (10) in der Kammer für zu klein. Die Vorlage wird einem Ausschuss überwiesen.

Das Fett. Wie das Ernährungsministerium mitteilt, ist Fett auf dem Weltmarkt gegenwärtig nicht zu haben. Die Fettsäuren haben ihre Vorräte weit überzogen und mit erheblichen Einfuhren von Fett sei das nicht zu rechnen. Etwas günstiger sieht es mit dem Zed. doch dürfte man sich auch hierin keinen großen Hoffnungen hingeben.

Konzert-Programm

des
KUR-ORCHESTERS WILDBAD
Leitung: P. Franz, Musikdirektor.

Sonntag, den 11. Mai, vorm. 11—12 Uhr Trinkhalle
Choral: Lobe den Herrn.

2. Ouverture „Der Feensee“ Auber
 3. Szenen aus „Die Zauberflöte“ Mozart
 4. Am Meer, Lied Schubert
 5. Melodien aus „Tannhäuser“ Wagner
 6. Wiener Blut, Walzer Strauß
- nachm. 3 1/2—4 1/2 Uhr Trinkhalle
1. Marsch Janowius
 2. Ouverture „Norma“ Bellini
 3. Melodien aus „Zar u. Zimmermann“ Lortzing
 4. Vielliebchen, Gavotte Ellenberg
 5. Ach könnt ich die Welt dir schenken, Lied Haydn-Clarendon
 6. Walzer aus „Die geschiedene Frau“ Fall

- Montag, den 12. Mai, vorm. 11—12 Uhr Trinkhalle
1. Choral: Ach bleib mit deiner Gnade.
 2. Ouverture „Nebucadnezar“ Verdi
 3. Ave Maria Bizet
 4. Melodien aus „Ariadne“ Lortzing
 5. Morgenblätter, Walzer Strauß
- nachm. 3 1/2—4 1/2 Uhr Trinkhalle
1. Marsch „Durch Nacht zum Licht“ Laukien
 2. Ouverture „Alca“ Doppler
 3. Hab ich nur deine Liebe, Lied Supplé
 4. Melodien aus „Gasparone“ Millocker
 5. Zwei Elsassische Bauertänze Merkling

Gath. Gottesdienst. Sonntag den 11. Mai 9 1/2 Uhr
Predigt und Amt. 1/2 Uhr Christenlehre und Andacht.
Montag und Mittwoch keine heil. Messe, an den übrigen Tagen 7 Uhr hl. Messe.
Dienstag und Freitag Abends 6 1/2 Uhr Mariandacht.
Beicht Samstag von 4 Uhr an.
Kommunion. Sonntag 7 und 7 1/2 Uhr, an den übrigen Wochentagen bei der heil. Messe.

Ev. Gottesdienst. Sonntag, 11. Mai Vorm. 1/10 Uhr
Predigt: Stadtpfarrer Köhler
Nachm. 1 Uhr Christenlehre (Töchtern) Stadtpfarrer Köhler.
Mittags 2 Uhr Predigt in Spollenhaus Stadt. Köhler.
Abends 8 Uhr Bibelfunde Stadtpfarrer Köhler.

Geschäftliche Notiz.

Die Frage einer weiteren Tabakwarensteuer dürfte sich wohl in kürzester Zeit lösen und wird wie uns von kompetenter Seite mitgeteilt wurde eine ziemlich Erhöhung der Preise nach sich ziehen. Wir machen deshalb das Raucherpublikum auf die Firma **Chr. Schmid u. Sohn**, Tabakwarengroßhandlung hier, aufmerksam, welche noch über ansehnliche Vorräte in Zigarren, Zigaretten und Tabaken zu wirklich billigen Preisen verfügt.

Umtl. Fremdenliste.

Verzeichnis der am 3. und 6. Mai angemeldeten Fremden.

In den Gasthöfen:

- Gasth. zur alten Linde.**
Engelmann, Hr. Rudolf, Diplom-Ingenieur. Neuenbürg
Kessel, Hr. Friedr., Schüler Henning-Löhringen
Kessel, Fel. Wilh., Lehrerin " "
Voigt, Hr. W., Kammermusiker Rudolstadt.
Gasth. zur Eisenbahn.
Strigl, Hr. Franz, Rtm. Stuttgart
Hotel Maisch.
Schönheinz, Hr. Bruno, Direktor Schömberg
Schönheinz, Hr. Josef " "
Häuser, Hr. Phil., Fabrikant Wiesbaden
Linder, Hr. Frh., Rentier Cannstatt
Zwingert, Hr. Gustav, Rtm. Karlsruhe
Häuser, Hr. Franz, Rtm. " "
Gasth. zur Sonne.
Sudenbrock, Hr. Hans, Versicherungsbeamte. Stuttgart

In den Privatwohnungen:

- Frau Oberlehrer Baur Witwe. Stuttgart
Groß, Hr. Eberhard, Rtm. Stuttgart
Zahl der Fremden 61.
Verzeichnis der vom 6. bis 8. Mai angemeldeten Fremden.

In den Gasthöfen:

- Bad-Hotel.**
Krause, Hr. Martha Finsterswalde
Krause, Fel. Elise Cottbus
Strenger, Hr. L. Berlin
Löffener, Hr. Edith Altona
Gasth. zur alten Linde.
Schade, Hr. Friedr., Fabrikant Rotenburg
Brenner, Hr. Wilh. Waldangelloch
Butterstein, Hr. Alb., Rtm. Neutlingen
Lauinger, Hr. Alfred Baden-Baden
Schürer, Hr. Josef, Dipl.-Kauf. Rastatt
Büsch, Hr. Emil Baden-Baden
Philipp, Hr. Wilh., Rtm. " "
Ring, Hr. Franz, Maler Schramberg
Samphausen, Hr. Laura mit R. Heilbronn
Gonser, Hr. Simon, Sch.-Sergt. Tübingen

- Vöfnes, Hr. Edith Dittmarshheim-Altona
Rogge, Hr. C. Rtm. mit Frau Sulzbach
Krause, Frau Martha, Fabrikbesitzer-G. Finsterswalde
Krause, Fel. Elise Cottbus
Gasth. zum Bad. Hof.
Voigt, Hr. Walter Nußtal
Otto, Hr. Emil Chemnitz
Schmid, Hr. Herm. Pforsheim
Maisenbacher, Hr. August Jerusalem
Schmering, Hr. Emanuel " "
Dohn, Hr. Fr. " "
Angeymann, Hr. Karl mit Frau Rudolstadt
Hörmann, Hr. Otto mit Fr. Gem. und T. Rudolstadt
Gasth. zur Eisenbahn.
Bernhart, Hr. Konst., Postsekretär Buchau
Heulan, Hr. B., Konditor Baihingen
Baumann, Hr. Lud., Bildhauer Göppingen
Elaus, Hr. Julius, Rtm. Mannheim
Hotel gold. Ochsen.
Hartmann, Hr. Ernst, Eisenbahninsp. Stuttgart
Kypinski, Frau " "
Völl, Hr. Karl, Diplom-Handelslehrer Oberbörsenau

- Vornburg, Hr. A. Rtm. Leipzig
Hotel Kühler Brunnen. Vöblingen
Dahn, Hr. Wilh. " "
Hotel Maisch
Schnerring, Hr. August Jaffa
Frank, Hr. Matth. Jerusalem
Künmerlen, Hr. Otto Unterreichenbach
Lange, Hr. A., Rtm. Daisa
Hotel Stolzenfels.
Holtäpfel, Hr. J., Privatier Heilbronn
Gasth. zur Sonne.
Biehler, Hr. D., Rtm. Mannheim
Gasth. zum wilden Mann.
Wegger, Hr. Betriebsführer Eßlingen
Reichburger, Hr. R., Schüler Badenweiler
In den Privatwohnungen:
Haus Heider. Marburg
Paterin, Fel. Anna " "
Sattlermstr. Gutshub. " "
Knapp, Frau Rosine Feuerbach
Zahl der Fremden 731.

Bekanntmachung.
Auf eine am Rathaus angeschlagene Bekanntmachung des Ernährungsministeriums vom 29. April 1919 betr. Maßregeln gegen Mehlkäferschaden zur Beachtung hingewiesen.
Wildbad, den 9. Mai 1919.
Stadtschultheißenamt: Bäcker.

Bekanntmachung.
Verfügung des Staatskommissars für Demobilisierung über Maßnahmen zur Linderung der Futternot.
Auf Grund der Bundesratsverordnung über die wirtschaftliche Demobilisierung vom 7. November 1918 (Reichs-Ges. Bl. 1295) wird verfügt:
§ 1.
Die Ausfuhr von Getreide—Spreu und —Schalen aus dem Bezirk eines Kommunalverbands ist nur mit Genehmigung des Oberamts, in Stuttgart des Stadtschultheißenamts, zulässig. Die Genehmigung wird, soweit Getreide—Spreu und Schalen mit der Eisenbahn ausgeführt werden, durch Abstempelung des Frachtbriefes im übrigen schriftlich erteilt.

§ 2.
Ueber Beschwerden wegen Verweigerung der in § 1 bezeichneten Ausfuhrerlaubnis entscheidet die Landesfuttermittelstelle endgültig.
Stuttgart, den 23. April 1919.
Schilde.
Bekannt gegeben.
Wildbad, den 9. Mai 1919.
Stadtschultheißenamt: Bäcker.

Straßensperre.
Infolge der Bauarbeiten an den Stützmauern der Parkstraße ist die Parkstraße von der Militärfuranstalt an adwärts bis auf Weiteres für Lastfahrzeuge gesperrt.
Stadtschultheißenamt: Bäcker.

Eiserno Bräter
in großer Auswahl empfiehlt
Wilh. Sohnenberger.

Wildbad.
Sonntag, den 11. Mai
Eröffnung der
Gartenwirtschaft
Rosenau
wozu höflichst einladet
Christoph Treiber.

Zur Kinderpflege.
Milchzucker:
Zusatz zur Kindermilch, in Packeten mit Gebrauchsanweisung.
Malztropfen, Plasmon,
Knochenbildendes Pulver: Erleichtert den Kindern das Zahnen.
Toilette-Creme, Dialon Wundpuder, Zinkpuder,
Gummi-Sauger aus Naturgummi.
STADT-APOTHEKE H. STEPHAN.

Haus,
besseres oder einfacheres, mit möglichst großem Platz event. auch mit Dekonomie zu kaufen gesucht.
Angebot mit Preis unter „Selbstkäufer“ an den „Freien Schwarzwälder“.

Unterricht.
Jeder Vater handelt klug, der seine Kinder in die höhere Reform-Schule Wildbad schickt. — Alle Klassen über Einj. bis Abitur. — Individuelle Behandlung

Wohnung gesucht.
Für eine kleine ruhige Familie wird sofort oder später für dauernd eine 4—5 zimmerige sommerliche

Wohnung
gesucht.
Anträge mit Preis unter F. M. an die Exped. ds. Bl. 1329

Zwei gute
Milchkühe
sofort gefucht.
Reformschule-Wildbad.

Für 19-jähriges
Mädchen
wird Stelle in gutes Haus gefucht, evtl. in Geschäftshaus da kaufmännisch gebildet per 1. Juni 1919.
Angebote unter Nr. 333 an die Exped. ds. Blattes.

Stärke rein
und
Stärke Ersatz
zu haben bei
Grundner Nachf.
R. und W. Schmit.

Mädchen
19 Jahre alt sucht Stellung, am liebsten in einer Pension. Offerte an die Exped. 1324

Ein anständiges
Mädchen
das selbständig arbeiten kann wird bis 1. Juni gefucht.
Karl Kraus, Metzgermeister Dauptstraße.

Erstklassiges
Nähmaschinen-, Fahrrad-, Maschinen-, Boden- u. Holz-, Leinwand-, Treibriemen-, Wachs-, cond. Fett, Eisen-, lad., Schabfett, Bogenfett, empfiehlt Wilh. Schärer, Schloffer.

Sum
Slavierstimmen
empfehlen sich,
Wer, sagt die Exped. 1321

Stahl & Federer Aktien-Gesellschaft, Stuttgart

Bericht des Vorstandes über das dreizehnte Geschäftsjahr 1918.

Unsere Geschäfte dehnten sich auch im Berichtsjahre weiter aus. Die Kreditoren liegen um rund 50 auf 157 Millionen Mark und die Debitoren um rund 3,6 auf 28,5 Millionen Mark.

Neue Zweigniederlassungen eröffneten wir 1918 in Eberach a. N. unter Übernahme des Bankgeschäfts A. Präfinger

Sonntag unter Übernahme des Bankgeschäfts Julius Bickl,

Spaldingen unter Übernahme der Handwerkerbank Spaldingen A.-G.,

und in Reichenstadt,

zu denen 1919 bis jetzt hinzukommen:

Reichenbach, Tübingen, Balingen u. B. und Albstadt u. L., an welcher letzterem Orte wir die beiden abhängigen Bankgeschäfte Bankkommande Gmelich u. Cie. und Eber. Rauer dem Oberamt übernahmen. — Dagegen lösten wir unser Kommandit-Verhältnis zur Bankkommande Rauer u. Cie. Künzelsau durch freundschaftliches Übereinkommen am 1. Januar 1919.

Von unseren Zweigniederlassungen arbeiten die alten befriedigend, dagegen schmälerten die neuen zunächst durch Ertrags- und Unterhaltungskosten das allgemeine Ergebnis, zeigen aber für eine weitere Entwicklung gute Aussichten; unsere Abteilung für Veranlagungsberatung und Lehramtsvollstreckungen baute sich weiter aus; unsere Depositen-Abteilung war dauernd lebhaft beschäftigt, wiewohl sie die Nachfrage der Depositen noch Depotschleusen sowohl auf landliche wie auch auf städtische Grundstücke, entfremdet nicht befriedigen konnte; das Effekten-Geschäft war das ganze Jahr über sehr reger, doch wurde der Gewinn daraus zu einem großen Teil durch Abschreibungen aufgezehrt, die wir auf unsere Bestände an Kriegsanleihen und Staatsanleihen machen mußten, wes infolge der allgemeinen Ereignisse Anrückgänge eingetreten waren.

Unser Immobilien-Konto erhöhte sich abgesehen vom Erwerb eines Geschäftshauses in Reichenstadt, wesentlich durch den Ankauf des an unser Hauptgeschäft in Stuttgart anstoßenden Amiens Büchsenstraße Nr. 21, der esfolgte, um die Möglichkeit für einen späteren Erweiterungszweck zu schaffen. Inzwischen ließen wir trotz der in gegenwärtiger Zeit damit verknüpften ganz ungewöhnlich hohen Kosten und obwohl es sich wegen der Zeit des derzeitigen Gebäudes nur um einen Kolonialhandel handeln kann, einen Teil des Hauses Büchsenstraße 21 für Bankzwecke umbauen, um so schnell wie möglich für unsere aus dem Jahre zurückgekauften Angehörigen Raum zu schaffen. Bis zur Abtragung dieses Werkes ist nämlich die Zahl unserer Angestellten von 400 Ende 1918 auf 650 gestiegen. Die naturgemäß da-

mit verknüpften höheren Anforderungen für Gebäude, sowie die Erhöhung dieser selbst, ferner die den Angehörigen zur Hebung der Ertragskraft gemachten besonderen Zuwendungen, außerdem wiewohl höhere Steuern und weiter statt gestiegene Materialpreise und Postgebühren bedingten eine ganz erhebliche Kostensteigerung, deren Ende noch nicht abzusehen ist.

Unsere Gesamt-Versprechungen in Höhe von rund 157,7 Millionen stehen als Leide greifbare Mittel 120,7 Millionen Mark Bankguthaben, Wechsel, Lombards und erhaltene Wertpapiere gegenüber und außerdem 13,7 Millionen durch börsenmäßige Wertpapiere gedeckte Debitoren, das sind zusammen 134,4 (i. B. 105,3) Millionen — 97,3 Proz. (i. B. 100,6 Proz.) der Gesamtversprechungen.

Der Jahresgewinn beträgt: M. 1.042.667.—

Siervon gehen ab:

Müchstellung für Tolon- M. 20.000.—

erstmögliche Abschreibung M. 190.000.— M. 220.000.—

verbleibt ein Meingewinn von: M. 829.667.—

den wir wie folgt zu verwenden beabsichtigen:

zum geschlossenen Referendum M. 41.500.—

den wir außerdem um die aus den Kriegserücklagen für 1918 und 1919 freige-

wordenen M. 121.500 veröffentlichen.

zum besonderen Referendum M. 41.500.—

dem Aufsichtsrat die jahresgemäße Löhne M. 26.067.—

den Aktionären 6% Dividende M. 720.000.— M. 829.667.—

Zu unserem Schluß-Berichtern ist zum Jahres-

schluß Herr Geh. Kommerzienrat Wilhelm Federer aus dem Vorstande der Gesellschaft, dem er seit ihrer Gründung angehört, ausgeschieden. Um der Zahl seine reichen Erfahrungen zu erhalten, wird seine Wahl in den Aufsichtsrat vorgeschlagen werden.

Stuttgart, den 4. April 1919.

Der Vorstand.

Bilanz auf 31. Dezember 1918

Aktiva		Passiva	
M.	ℳ.	M.	ℳ.
Kasse, fremde Geldsorten, Kupons u. Guthaben bei Noten- und Abrechnungs-Banken	15 927 819 11	Volleingezahl. Aktionkapital	12 000 000
Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen		Gesetzliche Reserve	400 000
a) Wechsel (mit Ausschluß von b, c u. d) und unverzinsliche Schatz-Anweisungen des Reiches und der Bundesstaaten	40 799 681 18	Besondere Reserve	550 000
b) eigene Akzente		Kreditoren	
c) eigene Zeichnungen		a) Nostroverpflichtungen	473 069 80
d) Solawechsel der Kunden an die Order der Bank	40 799 681 18	b) seitens der Kundschaft bei Dritten beantragte Kredite	
Nostroguthaben bei Banken und Bankfirmen	64 494 137 63	c) Guthaben deutscher Banken und Bankfirmen	5 075 047 89
Reports und Lombards gegen börsengängige Wertpapiere	4 078 569 65	d) Einlagen auf provisorischer Rechnung	
Verschüsse auf Waren und Warenverschiffungen		1. innerhalb 7 Tagen fällig M. 59 538 044,68	
Eigene Wertpapiere		2. darüber hinaus bis zu drei Monaten fällig M. 36 427 239,68	
a) Anleihen und verzinsliche Schatz-Anweisungen des Reiches und der Bundesstaaten	14 193 549 66	3. nach drei Monaten fällig M. 31 475 950,01	127 441 294 37
b) sonstige bei der Reichsbank und anderen Zentralnotenbanken behaltbare Wertpapiere	199 133 75	e) sonstige Kreditoren	
c) sonstige börsengängige Wertpapiere	16 829 55	1. innerhalb 7 Tagen fällig M. 24 336 735,97	
d) sonstige Wertpapiere	289 407 40	2. darüber hinaus bis zu drei Monaten fällig M. —	
Hypotheken	14 698 920 36	3. nach drei Monaten fällig M. —	24 336 735 97
Konsortial-Beteiligungen	61 316 —	Akzente und Schecks	
Dauernde Beteiligungen bei anderen Bankfirmen	442 913 90	a) Akzente	340 361 25
Debitoren in lauf. Rechnung	85 000 —	b) noch nicht eingel. Schecks	27 259 94
a) gedeckte (davon durch börsengäng. Wertpapiere gedeckte M. 13 719 400,42)	20 576 353 01	Aval- und Bürgschaftsverpflichtungen M. 7 775 802,05	367 651 19
b) ungedeckte	7 625 805 38	Eigene Zeichnungen M. —	
Aval- und Bürgschaftsdebitoren M. 7 775 802,05	28 502 158 39	davon für Rechnung Dritter M. —	
Bankgebäude u. Einrichtungen	2 663 000 —	Wetterbegebene Solawechsel der Kunden an die Order der Bank M. —	
Summe der Aktiva	171 753 546 22	Nicht erhobene Dividende	140 —
		Reingewinn	1 049 667 —
		Summe der Passiva	171 753 546 22

Gewinn- und Verlust-Rechnung auf 31. Dezember 1918

Soll	Haben
M.	ℳ.
Unkosten	2 349 241 76
Reingewinn	1 049 667 —
	3 398 908 76
Zinsen und Wechsel	2 382 970 05
Provisionen	852 361 49
Effekten, Konsortialbeteiligungen, Devisen, Kupons und Sorten	163 577 22
	3 398 908 76

In der heutigen Generalversammlung unserer Aktionäre wurde die Verteilung einer sofort zahlbaren Dividende von 6% für das Geschäftsjahr 1918 beschlossen. Die Dividendenscheine für 1918 werden mit Mk. 60.— an den Kassen unserer Gesellschaft eingelöst.

Stuttgart, den 23. April 1919.

Der Vorstand.

Freiwillige Feuerwehr

Wildbad

Nächsten Sonntag früh 1/8 9 Uhr rücken der Stad- und diezüge 1-7, einschl. der Reserve zur



Haupt-Uebung

Entschuldigungen ohne ärztl. Zeugnis werden nicht angenommen.
Das Kommando.

Ärztliche Mitteilung.

Der Ärzteverein für den Oberamtsbezirk Neuenbürg gibt bekannt:

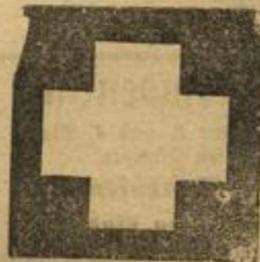
Bestellungen, abgesehen von Unfällen und plötzlicher, müssen vormittags bis 10 Uhr gemacht sein.

Nach 10 Uhr morgens für denselben Tag bestellte Besuche gelten als dringende Besuche (topische Fälle); außerdem wird keine Gewähr übernommen, daß dieser Besuch noch am gleichen Tage an geführt werden kann.

Sonntags ist keine Sprechstunde.

Besuche werden nur in dringenden Fällen gemacht und wird dafür die doppelte Taxe in Anrechnung gebracht.

Der Ärzte-Verein des Oberamts Neuenbürg.



Sämtliche Verbandstoffe und hygien. Gummiartikel,

alle frei verkäuflichen Apothekerwaren,

Hygea-Kinderleibchen,

Friedensanführung per Stück Mk. 5,

edle Crystaltaucher,

das beste was es in Sauger gibt,

Schnuller mit Ring — echt Gummi —

Milchflaschen,

Veilchenwurzeln — beim Zahnen der Kinder,

Zahnhalbbändchen,

Bandagen,

Bruchbänder, bis zur feinsten Gummiausführung,

Watte, Mullbinden,

Hartmanns Damenbinden,

Frauentouchen, Iregaloren u. Ersatzteile,

(auf Wunsch Damenbedienung).

— Wir verweisen auf unser Rabatsystem —

Medicinal-Drogerie

G undner Nachf.

A u. W. Schmit, Wildbad.

Rede

von

Herrn Berta Aloß,

Stuttgart,

gehalten in der Ortsgruppe Wildbad

der Württemb. Bürgerpartei.

Wärz 1919.

Preis 20 Pf. Preis 20 Pf.

Zu haben in der Buchhandlung

TRITTLER

König Karlstrasse 187.

Damenkleider-Mode

Fabrikation aller Arten Stoffknöpfe

aus Stoff- und Seidenresten,

Anfertigung von seidenen Posamentknöpfen

Quasten, Schnüren und Gehängen in allen Farben,

Schnellste Lieferung.

H. Buck, Posamentenfabrik,

Stuttgart, Salwerstr. 33, Telefon 4587.

Pension Villa Hanselmann

Georg Platz.

Morgens Sonntag

Wirtschafts-Eröffnung.

Evang. Kirchenchor.

Sonntag, den 11. Mai Ausflug nach Döbel, wozu auch die passiven Mitglieder freundlich eingeladen werden, Abmarsch 1/2 12 Uhr von der „Herrnhilfe.“

